

Ausgabe 04/2015, Veranstaltungen Rückblick

Landkreise der „Hamelner Erklärung“ informieren zum SuedLink und fordern Erdverkabelung
Initiative erfährt fraktionsübergreifenden Zuspruch von Bundestagsabgeordneten



Staatssekretär Michael Rüter und MdB Bernd Westphal im Gespräch



Landrat und Sprecher der Initiative Tjark Bartels eröffnete das Treffen



Niedersachsens Bevollmächtigter Michael Rüter und Landrat Tjark Bartels tauschen sich aus



Michael Rüter, Hausherr in den Ministergärten bei seinem Grußwort zu Beginn der Info-Veranstaltung



Blick in das interessierte Auditorium



Tjark Bartels (2. von rechts) mit Dr. Peter Durinke und apl. Prof. Dr.-Ing. Karsten Runge

„Der Stein kommt ins Rollen“, fasste Tjark Bartels, Landrat des Landkreises Hameln-Pyrmont und Sprecher des Landkreisbündnisses, die derzeitige Debatte um mehr Erdverkabelung zusammen. Denn Ende April begannen die Beratungen in Bundesrat und Bundestag über eine Ausweitung der gesetzlichen Möglichkeiten zur Erdverkabelung. Grund genug für die 21 Landkreise der „Hamelner Erklärung“, Ende April Bundestagsabgeordnete zu einem Austausch in die niedersächsische Landesvertretung einzuladen und über die planerischen und rechtlichen Mängel des Projektantrages SuedLink, den die Netzbetreiberfirma TenneT erarbeitet hat, zu informieren.

SuedLink, das bedeutet eine 800 Kilometer lange Stromtrasse von Schleswig-Holstein über Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen und Hessen nach Bayern. Sie soll von 2022 an große Mengen Windstrom vom Norden in den Süden bringen und dort die Stilllegung mehrerer Atomkraftwerke kompensieren.

Begrüßt wurden die Gäste des Abends von Staatssekretär Michael Rüter, der die Unterstützung des Landes für die Initiative zur Erdverkabelung zusicherte. Neben dem Sprecher der Landkreise, Tjark Bartels, der die Zusammenarbeit mit der Landesregierung in diesem Punkt als besonders gut herausstellte, gingen apl. Prof. Dr.-Ing. Karsten Runge, OECOS GmbH, und Dr. Peter Durinke, De WITT Rechtsanwaltsgesellschaft mbH, den Fragen nach, warum das bisherige Verfahren fehlerhaft war und was daraus für das weitere Verfahren folgt. Karsten Runge beleuchtete zudem die Auswirkungen einer Gleichstrom-Höchstspannungsleitung auf Gesundheit, Landschaft und Siedlungsräume, während Peter Durinke einen rechtlichen Rahmen skizzierte, der eine gerechte und akzeptierte Energiewende ermöglichen könnte.

Zwar bekennt sich das Bündnis der Hamelner Erklärung ausdrücklich zur Energiewende und zum Ausbau notwendiger Stromtrassen, hat aber das Verfahren, das insbesondere in den Händen der Firma Tennet TSO GmbH liegt, bereits mehrfach als intransparent und als in vielen Teilen fehlerhaft kritisiert. Diese Auffassung wurde durch intensive gutachtliche Begleitung untermauert und durch die Bundesnetzagentur als Genehmigungsbehörde im Februar bestätigt. Gleichzeitig fordern die 21 Landkreise aus mehreren Bundesländern einen Paradigmenwechsel bezüglich der Möglichkeiten der Erdverkabelung.

Nach den aktuellen gesetzlichen Vorgaben zum Bau von Höchstspannungsleitungen ist die Planung von Erdkabelabschnitten nur sehr eingeschränkt möglich – dies kann sich durch die Änderung des Netzausbaubeschleunigungsgesetzes grundlegend ändern. „Wir halten eine weitreichende Erdverkabelung für den einzig vertretbaren Weg, die massiven Belastungen vor Ort zu vermeiden und damit für einen gerechten Interessenausgleich zu sorgen – ganz gleich, welchen Weg die Trasse letztlich nimmt“, so die Experten übereinstimmend. Eine Erdverkabelung sei nicht nur technisch als Lösung der Freileitung vorzuziehen, sondern auch bei einer gesamthaften Kostenbetrachtung die bessere Lösung. Das Erdkabel müsse die Regel werden.

Seitens der Mitglieder des Deutschen Bundestages wurde die Veranstaltung fraktionsübergreifend begrüßt und zugesichert, dass die Landkreise der Hamelner Erklärung auch weiter eng in das Gesetzänderungsverfahren einbezogen werden sollen.

Als Gast konnte zudem der Leiter des Energieforschungszentrums Niedersachsen, Prof. Dr.-Ing. Hans- Peter Beck, begrüßt werden. Er plädierte für Energiewende und Erdkabel und fügte hinzu: „Die Energiewende von morgen mit der Technik von gestern – das wird nicht funktionieren